



Kiel, 26. Februar 2015

Nr. 051 /2015

Serpil Midyatli, Thomas Hölck:

Wohnungsunternehmen in sozialer Verantwortung – gut so!

Zur heutigen Pressekonferenz des Verbandes norddeutscher Wohnungsunternehmen (VNW) erklären die integrationspolitisch Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Serpil Midyatli, und der wohnungsbaupolitische Sprecher Thomas Hölck:

Die Anregungen des Verbandes norddeutscher Wohnungsunternehmen nehmen wir gerne auf. Wir freuen uns, dass die Wohnungsunternehmen ihre soziale Verantwortung ernst nehmen und sich als Partner auch bei der Wohnraumversorgung von Flüchtlingen sehen.

Serpil Midyatli: „Teilweise gibt es schon auf kommunaler Ebene eine Zusammenarbeit mit Mitgliedsverbänden des VNW, wenn Gemeinden Wohnungen zur Unterbringung von Flüchtlingen anmieten. Was allerdings ein Problem ist, sind die von den Unternehmen geforderten Mietsicherheiten – bei z. B. 30 – 40 Wohnungen ist man da schnell bei 30.000 und mehr Euro. Und das kann eine Gemeinde oft nicht zusätzlich leisten. Hier sollte der VNW sich bei seinen Mitgliedsunternehmen um ein Entgegenkommen bemühen.“

Die Zuweisung von Flüchtlingen ist ein Thema, mit dem sehr sensibel umgegangen werden muss: Wenn man dabei vom Kriterium der Einwohnerzahl abweichen und mehr auf vorhandenen Wohnraum, der sich für Flüchtlinge eignet, achten möchte – was durchaus sinnvoll ist –, ist eine enge Abstimmung mit den Gemeinden erforderlich.

Wohnungsunternehmen sind als kompetente Partner bei der Errichtung von Unterkünften z. B. auf den Uni-Campi durchaus vorstellbar, denn davon hätten auch die Städte und – bei einer eventuellen Nachnutzung für studentisches Wohnen – die Studierenden Vorteile.“

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Thomas Hölck: „Der VNW ist ein verlässlicher Partner, mit dem wir auch bei der „Offensive für bezahlbares Wohnen“ gute Erfahrungen gemacht haben. 20 Mio. Euro stehen für die Errichtung von Wohnraum für Flüchtlinge zur Verfügung; davon könnten und sollten die Mitgliedsunternehmen des VNW profitieren, denn die Bauten sind auch für spätere Nachnutzung zu konzipieren. Das vom VNW angeregte Bündnis Wohnen, das insbesondere die Aspekte altersgerechtes Wohnen, Wohnraum dort schaffen, wo die Bevölkerung wächst, die Bevölkerung dort halten, wo Wohnraum vorhanden ist und Wärmepakt zur Energieeinsparung finden wir gut. Wir wünschen uns, dass die Landesregierung dieses Angebot unterstützt.“